

Streitfall verkaufsoffener Sonntag - Welche Perspektiven haben die Kommunen?

Die Stadt Velbert war im Juni 2016 die erste Kommune in Nordrhein-Westfalen, in der das Oberverwaltungsgericht Münster in Folge einer Klage der Gewerkschaft ver.di den verkaufsoffenen Sonntag (VOS) in einem Eilantrag verhindert hat. Viele weitere Kommunen sollten folgen. So wurden u. a. auch in Münster und Essen die geplanten verkaufsoffenen Sonntage gestoppt. Begründet wurde dies mit einem zu geringen Anlass bzw. wegen unzureichender Prognosen zu den Besucherzahlen. Die Durchführung von Festen und Märkten ist eine Voraussetzung dafür, um überhaupt einen verkaufsoffenen Sonntag anbieten zu können. Der Einkauf an Sonntagen entwickelt sich seither immer mehr zu einem Streitfall zwischen Gewerkschaften, Kirchen, Handel und Kommunen.

Dies war der Anlass für das Netzwerk Innenstadt NRW, zu dem Thema ein Innenstadt-Gespräch durchzuführen. Ziel war es, die verschiedenen Akteure an einen Tisch zu bringen und gemeinsam mit Politikern und Fachleuten ins Gespräch zu kommen. Das Innenstadt-Gespräch mit ca. 55 Personen fand am 10. Mai 2017 im historischen Bürgerhaus Velbert-Langenberg statt.

Nach der Begrüßung durch den stellv. Vorsitzenden des Netzwerk Innenstadt NRW, Hartmut Hoferichter und dem Bürgermeister der Stadt Velbert, Dirk Lukrafka, blickte Gerold Leppa, Geschäftsführer der Braunschweig Stadtmarketing GmbH sowie Bundesvorstandsmitglied der Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing Deutschland e. V. (bcsd) auch über NRW hinaus und erläuterte in seinem Impulsvortrag die Entwicklung und die aktuelle Lage zu dem Thema Ladenöffnungszeiten und verkaufsoffene Sonntage.

Nachdem die Verlängerung der Öffnungszeiten am Samstag bis 20 Uhr und die Regel, an vier verkaufsoffenen Sonn- und Feiertage pro Jahr anlässlich von Märkten, Messen und ähnlichen Veranstaltungen zu öffnen, bundesweit ab 2003 eingeführt wurde, fällt ab 2006 die Regelung der Ladenöffnungszeiten in die Zuständigkeit der Länder. Herr Leppa erläuterte in seinem Vortrag die aktuelle Rechtsprechung in NRW und fasste anschließend die unterschiedlichen Positionen von Kommunen, Einzelhandel, Gewerkschaften und Kirchen zusammen. Er zeigte anhand von Beispielen aktuelle Gerichtsurteile auf und verwies auf Möglichkeiten des Umgangs mit der jetzigen Situation.

Städte und Gemeinden dürfen einen verkaufsoffenen Sonntag nur durchführen, wenn zu dem jeweiligen Anlass mehr Besucher erwartet werden als Menschen, die aufgrund der geöffneten Geschäfte kommen würden. Herr Leppa fasst zusammen, dass diese Rechtsauffassung in der kommunalen Praxis zu Abgrenzungsschwierigkeiten führt und durch die ab Juni 2016 folgenden Klagen von ver.di die Kommunen in einem Dilemma stecken. Seine Empfehlungen für die Kommunen fasst er wie folgt zusammen: „qualifizierte Anlässe im Hinblick auf Qualität und Ortsbezug sicherstellen, belastbare Besucherprognosen erstellen, statistische Maßnahmen ergreifen, Basisdaten erheben, etwa über Zählungen und Befragungen, schlagkräftige Kommunikation zum Anlass des VOS, langfristigen Dialog in der Kommune suchen und konsensfähiges Maß halten.“

Nicht in allen Kommunen hat die Klage bzw. die Kritik von ver.di zu einem Verbot der geplanten verkaufsoffenen Sonntage geführt, so u. a. in Duisburg, Witten und Mönchengladbach. Herr Leppa erläuterte, dass im Falle des verkaufsoffenen Sonntags in Duisburg das Verwaltungsgericht Düsseldorf erstmalig eine Methodik für eine Besucherprognose richterlich bestätigt hat. Zur Abschätzung der jeweiligen Besucherströme könne z. B. auf Befragungen zurückgegriffen werden und bei einer erstmaligen Veranstaltung könne die Prognose pauschaler ausfallen (etwa Erfahrungswerte der Ladeninhaber oder Zählwerte aus Vorjahren).

Nach diesen informativen Ausführungen wurde die Diskussion durch die Moderatorin Barbara Thüer von der Geschäftsstelle Netzwerk Innenstadt NRW eröffnet. An der Podiumsdiskussion nahmen neben Gerold Leppa noch der Geschäftsführer des Handelsverbands Nordrhein-Westfalen e. V., Rainer Gallus, sowie der Fachabteilungsleiter Stadtmarketing der Stadt Velbert und Geschäftsführer der Velbert Marketing GmbH (VMG), Olaf Knauer, teil. Mit Daniel Kolle, Bezirksgeschäftsführer ver.di-Bezirk Wuppertal-Niederberg stellte sich auch ein Vertreter der Gewerkschaft der Diskussion.



Dass historische Bürgerhaus in Velbert-Langenberg



von links: Daniel Kolle, Olaf Knauer, Moderatorin Barbara Thüer, Rainer Gallus, Gerold Leppa

Rainer Gallus ging auf die Situation für die Geschäftsleute ein und erläuterte die Position des Einzelhandelsverbands. Die Einzelhändler hätten durch den steigenden Onlinehandel starke Konkurrenz und wären auf die verkaufsoffenen Sonntage angewiesen. Er sieht die VOS als unverzichtbar an, auch um die Multifunktionalität der Städte zu leben. Als einen unsicheren Faktor für die Planung bezeichnete er die aktuellen Gerichtsurteile, die erst kurz vor den stattfindenden VOS gefällt werden.

Daniel Kolle zeigte durchaus Verständnis für die Belange der Geschäftsleute, bezog in der Sache aber eine klare Stellung zugunsten der Arbeitnehmerrechte und erläuterte die Ziele von ver.di. In erster Linie ginge es darum, dass der Umgang bei der Durchführung verkaufsoffener Sonntage in den letzten Jahren immer mehr an den Zielen vorbeigegangen wäre und damit der eigentliche Anlass nur noch als Beiwerk eines VOS verkommen würde. So stellte er auch klar heraus, dass ver.di auch weiterhin Klagen einreichen werde, wenn sie die Planungen für eine VOS als nicht rechtens einschätzen würden. Geprüft werde weiterhin die Qualität der VOS in den verschiedenen Städten. Er sieht aber durchaus auch Wege der Kommunikation.

Herr Knauer fasste für die Stadt Velbert das weitere Vorgehen nach dem Verbot aus dem letzten Jahr zusammen. Die Stadt und ver.di haben sich aufeinander zubewegt. Im Vorfeld der Planung sei es wichtig, in den Dialog mit ver.di, Kirchen, Kommunen und Handel zu treten und gemeinsam einen VOS zu planen und zu gestalten. Im September plane die Stadt nun den nächsten verkaufsoffenen Sonntag.

Bei der folgenden Diskussion, an der die teilnehmenden Politiker, Geschäftsleute und kommunalen Vertreter aus dem Publikum lebhaft teilnahmen, regte sich zum Teil Widerstand. So war es für mehrere Teilnehmende nicht nachzuvollziehen, dass es immer noch keine gemeinsame Linie der Akteure gibt. Dies führe zu einer Lotterie für die einzelnen Kommunen. Deutlich wurde in der Diskussion auch die Meinung vertreten, dass der stationäre Handel flexiblere Öffnungszeiten sowie die verkaufsoffenen Sonntage zum Überleben brauchen wird.

Es wurde auch diskutiert, in welcher räumlichen Nähe zu den Festen und Veranstaltungen die Geschäfte noch öffnen dürfen. Hintergrund waren Beispiele, in denen Baumärkte und Möbelhäuser in Gewerbegebieten sich dem verkaufsoffenen Tag anschließen wollten.

Es wurde deutlich herausgestellt, dass sich seit der Klagewelle von ver.di die Kommunen in einer sehr unsicheren Lage befinden würden. Viele Räte der Stadt wissen nicht mehr, welche Entscheidung sie in Bezug auf verkaufsoffene Sonntage treffen sollen. So ist es auch zu verstehen, dass einzelne Städte und Gemeinde bereits geplante Veranstaltungen von sich aus zurückziehen. So hat der Hauptausschuss der Stadt Köln im März alle 36 Genehmigungen für verkaufsoffene Sonntage erst einmal zurückgezogen. Herr Leppa ergänzt in diesem Zusammenhang, dass die Kommunen den Aufwand für Besucherbefragungen und Zählungen sowie die Auswertungen personell kaum stemmen können. Er schlägt vor, hierfür auch Schüler und Studenten einzubinden.

Es kam der Wunsch auf, dass die anlassbezogene Durchführung von verkaufsoffenen Sonntagen zu überdenken wäre. Sinnvoll wäre eine generelle Erlaubnis zur Öffnung an mehreren Sonntagen im Jahr.

Das Innenstadt-Gespräch endete mit dem Appell, dass es wichtig sei, perspektivisch eine gemeinsame Lösung aller Akteure zu finden (und eine), um die Rechtsunsicherheit dauerhaft zu beenden. Bis dahin sei es vorteilhaft, vor bzw. bei den Planungen schon in den Dialog mit der Gewerkschaft zu treten.

Das Thema Verkaufsoffene Sonntage ist nach wie vor aktuell im Interesse der nordrheinwestfälischen Kommunen. Das Netzwerk Innenstadt NRW wird dieses Thema weiter begleiten und in einer der kommenden Veranstaltung wieder aufgreifen.

